



Schuldzuweisungen fördern Spaltung der Gesellschaft

Schollbachs Aussagen zeigen politischen Realitätsverlust

Im Interview mit der Sächsischen Zeitung sucht der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Dresdner Stadtrat, André Schollbach MdL, die Schuld an der PEGIDA-Bewegung in der Politik der CDU in Sachsen.

Dazu erklärt Christian Hartmann MdL, Kreisvorsitzender der Dresdner CDU:

„Die Aussagen Schollbachs sind ganz schlechter politischer Stil und zugleich eine bodenlose Frechheit und Anmaßung. Die PEGIDA-Kundgebungen richten sich nach meiner Wahrnehmung nicht gegen einzelne politische Parteien, sondern sind Ausdruck eines allgemeinen Unmuts und der Unzufriedenheit gegen das gesamte politische System. Mit dem Finger nur auf andere zu zeigen, wie es Herr Schollbach tut, ist nicht nur daneben, sondern fördert vor allem die weitere Spaltung unserer Gesellschaft. Schollbach behindert mit seinen Aussagen nicht nur den notwendigen Dialog, sondern er verschärft die Situation weiter.

Ich kann Herrn Schollbach nur warnen: Die Geister, die er ruft, wird er letztlich nicht mehr los. Im Gegensatz zu Schollbach, versucht die CDU kein kurzfristiges Kapital aus der aktuellen Diskussion um PEGIDA zu schlagen. Wir wollen und werden unserer politischen Verantwortung künftig noch stärker gerecht werden. Bürgern, die Fragen und Ängste haben oder politische Entscheidungen nicht nachvollziehen können, werden wir unser Handeln besser erklären und in einen breiteren Dialog einsteigen. Dabei allerdings werden wir keine Ressentiments und Vorurteile bedienen oder gar Ängste in der Bevölkerung schüren, wie es ja gerade Schollbach & Co. immer wieder praktizieren. Die LINKE in Dresden müsse sich viel mehr fragen, ob sie mit Plakat-Slogans wie ‚*Die Grenzen verlaufen zwischen oben und unten*‘ die Wahrnehmungen und den Politikverdross vieler PEGIDA-Demonstranten nicht noch befeuern. Vielleicht sollte sich Herr Schollbach einmal selbst die aktuelle Umfragen anschauen: Demnach zeigen 25 Prozent der linken Parteianhänger Verständnis für PEGIDA – immerhin noch zwei Prozentpunkte mehr als der Union-Wähler.

Zu guter Letzt sollten sich aber auch SPD und Grüne in Dresden fragen, ob es die richtige Entscheidung ist, einen Oberbürgermeisterkandidaten gemeinsam mit Herrn Schollbach, der keineswegs auf Ausgleich und Dialog aus ist, aufzustellen.“

Quelle Umfrage: http://www.infratest-dimap.de/uploads/tx_nosimplegallery/ARD-DeutschlandTREND_Januar2015_11.PNG